

**Eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben bleibt die Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem und gleichzeitig qualitativem Wohnraum insbesondere in den Ballungsräumen – eine landespolitische Herausforderung für Niedersachsen.**

Die Sozialwohnungsquote in Niedersachsen geht stetig zurück – das werden wir GRÜNEN ändern. Wir schaffen dauerhaft mindestens 100.000 neue Sozialwohnungen. Um sowohl die Sanierung von Gebäuden, die Stärkung des sozialen Wohnungsmarktes in öffentlicher Hand und Milliardeninvestitionen mit dem Niedersachsen Fonds zu ermöglichen, gründen wir eine gemeinnützige Landesgesellschaft Wohnen und Klima. Land und Kommunen sind beim Erneuern, Bauen und Vermieten Vorreiter\*innen für modernen, bezahlbaren Wohnraum. Gemeinsam mit den Kommunen und ihren Wohnungsbaugesellschaften saniert die Landesgesellschaft für Wohnen und Klima den Gebäudebestand der öffentlichen Hand klimaneutral, barrierefrei und sozial. Zudem schafft sie neuen öffentlich-gemeinnützigen Wohnraum, möglichst durch ressourcenschonendes Aufkaufen, Ausbauen und Aufstocken von Gebäuden. Neubau erfolgt, wo zwingend nötig, klimagerecht und flächenschonend. Wir wollen den Anteil öffentlichen Wohnraums sukzessive erhöhen.

Die Gründungen neuer Wohnungsbaugenossenschaften fördern wir und stärken Bauträger\*innen, die sich dem Gemeinwohl verpflichten und langfristige Sozial- und Mietpreisbindungen eingehen. Auch bereits bestehende Wohnungsgenossenschaften unterstützen wir weiterhin bei ihrer gemeinwohlorientierten Arbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen unterstützen das Ziel der Bundesregierung, eine neue Wohngemeinnützigkeit auf den Weg zu bringen. Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus und honorieren nach Vorbild anderer Bundesländer verstärkt ökologisches, energieeffizientes, klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen Wohnungsbau.

Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Umbauten. Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung, teilweise ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen des gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte Bauernhäuser zu Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit attraktiver gemacht werden. Die entsprechende Anpassung baurechtlicher Vorschriften für bestehende Gebäude im Außenbereich bzw. entwidmete Höfe treiben wir voran.

**Gebäude sind in Deutschland direkt und indirekt für rund 40 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich und so sind Chancen für den Klimaschutz mit der grundsätzlichen Neuausrichtung unserer Branche verbunden. Die Architektenschaft als ein Anwalt des Klimaschutzes setzt sich für einen Wertewandel beim Bauen hin zu Suffizienz, Konsistenz und Effizienz ein und benötigt für diese Rolle die entsprechenden Rahmenbedingungen. Die wichtigsten Vorgaben kommen von der Bundesebene und werden durch das Gebäudeenergiegesetz (GEG) formuliert. Niedersachsen sollte über den Bundesrat mitwirken.**

Die Transformation des Gebäudesektors ist ein Schlüssel zur dauerhaften Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Bei Neu- und Umbauten setzen wir auf die Verwendung schadstofffreier, nachwachsender und recycelter Baustoffe. Jedes Gebäude, das weitergenutzt wird, spart Abriss,

Deponie und Rohstoffkosten sowie die Energiekosten für die Erstellung des Gebäudes und die Herstellung der Baumaterialien eingesetzt worden sind. Wir integrieren entsprechende Auflagen zur Bewertung der Nachhaltigkeit von Baustoffen und Bauprodukten in bestehende Förderprogramme, unterstützen die Kommunen bei der verpflichtenden CO<sub>2</sub>-Bilanzierung und bringen ein Programm für den Einsatz von Recycling- Baustoffen auf den Weg.

Die von uns GRÜNEN errichtete Klima- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) bauen wir aus und entwickeln sie zur Klima- und Nachhaltigkeitsagentur weiter – mit mehr Kompetenzen auch im Bereich Material- und Ressourcenschonung sowie ökologisches Bauen. Wir legen einen Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf. Durch die Aufnahme der sogenannten "grauen Energie" in die Langzeitbetrachtung eines Gebäudes soll eine bessere Vergleichbarkeit zwischen Neubauten und Sanierung im Bestand erreicht werden. Insbesondere ist Klimaschutz auch bei denkmalgeschützten Bauten stärker zu berücksichtigen um z.B. die Installation von PV Modulen zu erlauben oder auch die Nutzung von Wärmepumpen.

**(Weiter)Bauen im Bestand ist nachhaltig und leistet durch den geringeren Verbrauch von Flächen und »grauer Energie« auch einen entscheidenden Beitrag zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die rechtlichen Hürden für eine neue Umbaukultur sind hoch und begünstigen den Neubau. Hier muss durch eine neu zu schaffende Umbauordnung gegengesteuert werden.**

Die Wohnbauförderprogramme richten wir neu aus und honorieren nach Vorbild anderer Bundesländer verstärkt ökologisches, energieeffizientes, klimafreundliches Bauen und Sanieren sowie den sozialen Wohnungsbau. Einen besonderen Fokus legen wir auf die Förderung von Umbauten. Gerade im ländlichen Raum stehen wir vor der Herausforderung, teilweise ungenutzte Gebäude zukunftsgerecht umzubauen. Dafür fördern wir gezielt Formen des gemeinschaftlichen generationenübergreifenden Zusammenlebens. So können alte Bauernhäuser zu Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften ausgebaut oder leerstehende Gebäude mit Fördermitteln barrierefrei und klimafreundlich saniert und damit

Wir legen einen Gebäuderessourcenausweis analog zum Gebäudeenergieausweis auf. Durch die Aufnahme der sogenannten "grauen Energie" in die Langzeitbetrachtung eines Gebäudes soll eine bessere Vergleichbarkeit zwischen Neubauten und Sanierung im Bestand erreicht werden. Wir attraktiver gemacht werden. Die entsprechende Anpassung baurechtlicher Vorschriften für bestehende Gebäude im Außenbereich bzw. entwidmete Höfe treiben wir voran.

**Qualitätsvolle Architektur sichert eine langfristige Wertsteigerung der öffentlichen Räume und Gebäude. Öffentliches Bauen sollte in jeder Hinsicht stets vorbildliches Bauen sein – auch bei Gestaltqualität, Klimaschutz und Nachhaltigkeit.**

Eine gute Stadtplanung, die menschenfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes, die aktive Unterstützung von sozialen Beziehungen sollen dazu beitragen, Quartiers- und Dorfgemeinschaften zu stärken und resilienter zu machen. Gestaltungsqualität. Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind zentrale Ansätze, die immer stärker von der Zivilgesellschaft eingefordert werden. Innovative Idee zur Stadtentwicklung von Smart Cities über

Schwammstädte bis zu lokalen Ökonomien bringen wir GRÜNEN gemeinsam mit den Kommunen in Form von vielfältigen Modellprojekten voran und unterstützen diese beim Best-Practice-Austausch. Zur Reduzierung von gewerblichem Leerstand in Innenstädten setzen wir Anreize für Multinutzungskonzepte und Zwischennutzungen, beispielsweise für gemeinnützige Akteur\*innen oder kulturelle Träger, und bauen bestehende Hemmnisse für diese im Baurecht ab.

**Wer schlecht plant, baut teuer. Dies beginnt bereits bei der Auswahl der Vergabeverfahren. In diesem Sinne begrüßt die Architektenkammer Niedersachsen die Durchführung von Planungswettbewerben und eine Trennung von Planung und Ausführung. Der Leistungswettbewerb, dessen Grundlagen in der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure aufgeführt sind, muss Vorrang vor einer Vergabe von Planungsaufträgen nur nach Preis haben.**

Bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand stärken wir die Gewichtung von Qualitätskriterien gegenüber dem Preis und legen ökologische Grundanforderungen für Baustoffe fest. Die Fortbildung und Beratung der Vergabestellen in diesem Bereich bauen wir aus, damit sie Spielräume des Vergaberechts zum nachhaltigen und zukunftsfähigen Bauen gezielt nutzen können.

Der Preis darf nur ein Faktor von verschiedenen Kriterien bei der Vergabe sein. Die Qualität der Entwürfe muss im Vordergrund stehen, ein Leistungswettbewerb darf nicht über den günstigsten Preis ausgetragen werden, sondern über die Zukunftsfähigkeit der Entwürfe anhand klar nachvollziehbarer Kriterien.

**Architektur, Stadtplanung und Denkmalschutz sind ortsprägend und identitätsstiftend.**

**Baukultur ist ein wichtiges Element, um den gesellschaftlichen Wandel in unserem Land zu bewältigen.**

Niedersachsen ist reich an bedeutenden Baudenkmalern aus unterschiedlichen Epochen. Die Bewahrung dieses Erbes stellt die Gegenwart immer wieder neu vor Herausforderungen. Bündnis 90/Die GRÜNEN bekennen sich daher zu einer Baukultur, die die Tradition und Eigenart unserer Städte und Dörfer bewahrt und zugleich deren Zukunftsfähigkeit sichert. Dies beinhaltet einen innovativen und nachhaltigen Umgang mit der historischen Bausubstanz im Sinne eines lebendigen Denkmalschutzes.

Viele der in Niedersachsen unter Denkmalschutz stehenden Gebäude sind mit ihren Naturbaustoffen Vorbilder für ökologisches Bauen. Diese werden wir behutsam energetisch sanieren und auf die Nutzung erneuerbarer Energien umstellen. Dazu wollen wir das Denkmalschutzgesetz novellieren und nehmen Barrierefreiheit sowie den Klima- und Ressourcenschutz in den Kanon der verpflichtend abzuwägenden Ziele im Landesdenkmalschutzgesetz auf. Begrenzungen und Hemmnisse für die Nutzung reversibler Solaranlagen auf denkmalgeschützten Dächern schaffen wir ab. Zur Verringerung des Konfliktpotentials vor Ort muss das Landesamt für Denkmalpflege finanziell so ausgestattet werden.

**Es gibt einen spürbaren Fachkräftemangel in Architekturbüros aller Fachrichtungen und ebenso in der öffentlichen Verwaltung. Bauaufgaben können vor**

**dem Hintergrund der steigenden Anforderungen und Komplexität beispielsweise in Energieeffizienz, Nachhaltigkeit, Brandschutz und Schallschutz aber nur bewältigt werden, wenn es genügend gut ausgebildete Nachwuchskräfte gibt.**

Der spürbare Fachkräftemangel spitzt sich in vielen Bereichen zu einem ernsthaften Problem zu, der die Handlungsfähigkeit von Verwaltung und Wirtschaft einschränkt. Hier müssen wir dringend stärker gegensteuern und innovative Ansätze konsequent nutzen.

Um ihren Forschungs- und Bildungsauftrag erfüllen zu können, benötigen die Hochschulen in staatlicher Verantwortung eine verlässliche finanzielle Ausstattung. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren mit ihrer Kürzungspolitik den Grundgedanken des Hochschulentwicklungsvertrages unterlaufen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung ein, die den Hochschulen Planungssicherheit gibt, wachsenden Anforderungen Rechnung trägt und Raum für die zukünftige Entwicklung gibt.

Mit systematischen Verbesserungen im gesamten Bildungssystem wollen wir dazu beitragen, den Fachkräftemangel konsequent zu reduzieren. Die konkreten Empfehlungen der Architektenkammer Niedersachsen sehen wir als sehr hilfreich bei diesen Schritten und werden diese Empfehlungen gerne in den Prozess einbeziehen.

**Täglich werden in Deutschland 52 Hektar Siedlungs- und Verkehrsfläche neu ausgewiesen. Dieser »Flächenfraß« muss gestoppt werden, zumal der ländliche Raum – auch durch die Digitalisierung – wieder an Attraktivität gewinnt. Qualitätsvolle Planung gestaltet diese Räume umweltgerecht und im Sinne einer ortsbildprägenden und identitätsstiftenden Baukultur.**

Ländliche Räume gewinnen an Attraktivität – neue Formen des digitalen Arbeitens ermöglichen ganz neuen Berufsgruppen ein Leben im ländlichen Raum ohne lange Wege. Neben einer guten Verkehrs- und Internetanbindung und wohnortnaher Versorgungsinfrastrukturen braucht es innovative Formen der Dorfentwicklung. Wir bringen Initiativen zur Schaffung von Begegnungsorten im ländlichen Raum voran, die Angebote der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen bündeln. Dorfläden und -büros sowie Co-Working-Spaces als innovative Möglichkeit für mobile Arbeit fördern wir.

Ab sofort werden wir den Flächenverbrauch in konkreten Schritten verbindlich auf unter drei Hektar pro Tag bringen und bis zum Jahr 2050 auf Netto Null. Negative Einflüsse auf an Bauvorhaben angrenzende FFH-Gebiete müssen vermieden und ausreichende Abstände zur Bebauung festgelegt werden. Siedlungsgebiete sollen eher in die Höhe als in die Breite wachsen und Baulücken konsequent geschlossen werden. Dazu setzen wir Anreize und treiben dies mit den Kommunen, in letzter Konsequenz auch mit einer Baupflicht, voran. Gleichzeitig wollen wir gegen eine weitere Zersiedlung ländlicher Räume diese Zielsetzung landesplanerisch klarer definieren und verbindlicher umsetzen. Unsere Niedersächsische Landgesellschaft (NLG) machen wir zur Partnerin der Kommunen bei der örtlichen Siedlungsentwicklung und nutzen deren Möglichkeiten zur Bevorratung, zum Verkauf und zur Verpachtung von Flächen im Sinne des Gemeinwohls.